



BAGSO-Positionspapier

Politische Teilhabe älterer Menschen

Die mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen für unser Land können nur generationenübergreifend bewältigt werden. Akzeptanz für Lösungen lassen sich in einer demokratischen Gesellschaft nur erreichen, wenn auch die Älteren Gelegenheit zur Teilnahme am Meinungsbildungsprozess haben. Ihre aktive politische Teilhabe ist deshalb von grundlegender Bedeutung. Nur gemeinsam mit Seniorinnen und Senioren kann eine ausgewogene Verteilung von Rechten und Pflichten zwischen den Generationen gelingen.

Die hohe Wahlbeteiligung älterer Menschen zeigt ihr Verantwortungsbewusstsein und ihr hohes Interesse am gesellschaftlichen Geschehen. Ältere Frauen und Männer sind aber auch bereit, Politik aktiv mitzugestalten und ihre Fähigkeiten und Erfahrungen zum Wohle der gesamten Gesellschaft einzubringen. Dafür müssen geeignete Rahmenbedingungen gegeben sein.

1. Grundsätzliche Forderungen

Älteren Menschen muss der gleiche Gestaltungsraum eingeräumt werden wie anderen Altersgruppen. Auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen müssen Anhörungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Ältere Menschen sind die besten Anwälte in eigener Sache; sie müssen ihre Ansprüche im Hinblick auf Gesundheit, Pflege, Wohnen im Alter, gesetzliche Rente, Besteuerung und als Verbraucher selbst vertreten können. Das gilt auch für ältere Menschen mit Behinderungen sowie ältere Migrantinnen und Migranten.

Die örtliche Ebene ist dabei von zentraler Bedeutung. Kommunen bedürfen einer Politik, die Ältere nicht nur als Empfänger sozialer Leistungen ansieht, sondern auch ihre Potenziale bei der Gestaltung des Lebensumfelds einbezieht. Ein bewährtes Instrument der Altenpolitik sind kommunale Altenpläne. Wir fordern den Gesetzgeber auf, die dafür notwendigen finanziellen und strukturellen Voraussetzungen zu schaffen.

Seniorenpolitik hat zu berücksichtigen, dass Bedürfnisse, Fähigkeiten und Lebenslagen der 60- bis über 100-Jährigen höchst unterschiedlich sind. Auch innerhalb der gleichen Generation gibt es große Unterschiede. Verallgemeinerungen werden dem Einzelfall vielfach nicht gerecht. Altersgrenzen für die Übernahme von Ämtern und Mandaten sind willkürlich und unangemessen.

Die Bereitschaft älterer Menschen, sich solidarisch für die Belange der eigenen Generation einzusetzen, muss gefördert werden. Der Stellenwert der Älteren in der Gesellschaft ist zu verbessern. Hier haben die Medien eine besondere Verantwortung.

Aber auch auf der gesetzlichen Ebene muss zum Ausdruck kommen, dass Seniorenpolitik nicht nur Sozialpolitik ist. Die aktive Rolle der Älteren muss umfassend Berücksichtigung finden und die Voraussetzungen zur Verwirklichung sind zu schaffen.

Für die politische Teilhabe haben ältere Menschen verschiedene Möglichkeiten: Die Mitwirkung in einer politischen Partei, in Verbänden, Seniorenvertretungen, Bürgerinitiativen oder anderen Strukturen. Für das politische Engagement muss, wie für andere Formen des bürgerschaftlichen Engagements auch, die erforderliche Qualifizierung als begleitende Maßnahme gewährleistet sein. Eine nachhaltige finanzielle Unterstützung ist sicherzustellen.

Die BAGSO mit den angeschlossenen Verbänden muss als Lobby der älteren Generationen bei der Vorbereitung von Gesetzen und Verordnungen, die Senioren betreffen, verstärkt angehört und beteiligt werden.

2. Mitwirkung in politischen Parteien

Seniorenpolitische Themen müssen konkreter in die Parteiprogramme und mehr als bisher auf die Tagesordnung von Entscheidungsgremien gebracht werden. Wichtig ist weiter, dass Parteien und auch ihre Seniorenorganisationen geeignete Kandidaten für Ämter und Gremien benennen und sie dann bei ihrer Arbeit unterstützen.

Die Parteien sind häufig zu sehr auf eine Verjüngung ihrer Gremien fixiert. Vor allem die Seniorenorganisationen der politischen Parteien müssen deshalb ihren Einfluss in den Mutterparteien ausbauen und nutzen, um die Mitwirkung älterer Menschen in den Entscheidungsgremien (Vorständen, Parlamenten, etc.) zu ermöglichen. Soweit das noch nicht geschehen ist, wird den Parteien dringend empfohlen, ihre Satzungen dahingehend zu ändern, dass Vertreter ihrer Seniorenorganisationen auf allen Ebenen in den Parteigremien vertreten sind.

Die Seniorenorganisationen der politischen Parteien werden dann eine wichtige Rolle in der Politik spielen, wenn sie nicht nur Lobby für ihre eigene Generation sind, sondern auch Verantwortung für die Jüngeren, insbesondere für Familien, übernehmen.

3. Mitwirkung in Seniorenvertretungen

Seniorenvertretungen beraten und begleiten, auch mit eigenen Initiativen, die alterspolitische Entwicklung sowie die allgemeinen Angelegenheiten in der Kommune sowie – über die Landesseniorenvertretungen – auf Landes- und Bundesebene. Als Interessenvertretung Älterer im vorparlamentarischen Raum sind sie parteipolitisch und konfessionell unabhängig.

Die BAGSO setzt sich dafür ein, die Einrichtung von Seniorenvertretungen verbindlich in den Gemeindeordnungen der Länder zu regeln. Art und Umfang der Anhörungs- und Antragsrechte sowie die rechtliche Verzahnung mit den kommunalen Räten entscheiden über ihre Wirkungsmöglichkeiten. Demokratische Strukturen, insbesondere die Konstituierung der Seniorenvertretungen durch Wahlen, fördern das Selbstbewusstsein und die Motivation derjenigen, die sich in den Seniorenvertretungen engagieren.

Darüber hinaus müssen den Mitgliedern von Seniorenvertretungen auf allen Ebenen Möglichkeiten der Qualifizierung angeboten werden. Neben den fachlichen Fragen geht es dabei auch um die Organisation der politischen Arbeit. Die Nutzung bestehender politischer Einflussmöglichkeiten setzt eine genaue Verfahrenkenntnis voraus.

4. Neue Formen politischer Teilhabe

Die Forderung nach einer Bürgergesellschaft schließt die Entwicklung neuer Formen von Teilhabe an politischen Prozessen auf allen Ebenen – Bund, Land, Kommune – ein; das entspricht dem Selbstverständnis älterer Menschen. Dabei muss der Pluralität innerhalb der Gruppe der älteren Menschen Rechnung getragen werden. Die neuen Beteiligungsformen sind zusammen *mit* den Seniorinnen und Senioren, nicht *für* sie zu entwickeln.

Ein Beispiel für eine neue Form der politischen Teilhabe Älterer ist das – in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern – in regelmäßigen Abständen tagende Altenparlament, dem Vertreter von Senioren-, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Kirchen angehören. Es ist zwar kein gewähltes Parlament und kann auch keine verbindlichen Beschlüsse fassen. Gleichwohl können die Mitglieder des Altenparlaments den Politikern und der Öffentlichkeit verdeutlichen, welche politischen Maßnahmen sie, zum Beispiel in den Bereichen Ehrenamt, Gesundheit und Pflege, Verkehr und Mobilität, für notwendig erachten.

Die BAGSO fordert die Politik auf, Rahmenbedingungen für eine angemessene politische Teilhabe älterer Menschen zu schaffen. Auch die Medien können durch eine realistische Darstellung der Leistungen Älterer dazu beitragen. Die älteren Menschen selbst rufen wir zu politischem Handeln auf. Ihr Engagement kommt nicht nur der eigenen Generation, sondern der gesamten Gesellschaft zu Gute.

Bonn, 28.1.2005

Positionspapiere der BAGSO zu folgenden und weiteren Themen finden Sie unter www.bagso.de:

- Anpassung des Wohnumfelds an die Bedürfnisse Älterer
- Zur Solidarität mit älteren Ausländern
- Zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen (2003)